

# Zentralrat Deutscher Sinti und Roma

---

20. Dezember 2012  
Pressemitteilung

## **Innenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und Zentralratsvorsitzender Romani Rose erörtern die Lage der Roma-Minderheiten in Serbien und in Südosteuropa**

Der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, traf gestern mit dem Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, zu einem ausführlichen Gespräch zusammen. Anlaß für das Gespräch waren die Migrationen aus Serbien und Mazedonien nach Deutschland und die damit in der Öffentlichkeit verbundenen Vorwürfe wegen „Asylmißbrauchs“, die dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma Anlaß zur Sorge gaben.

Bei dem Gespräch herrschte Übereinstimmung dahingehend, dass das deutsche Asylrecht kein Instrument sein könne zur Lösung sozialer oder wirtschaftlicher Probleme in den Herkunftsländern. Gleichzeitig verwies der Zentralrat darauf, dass Asylanträge einzeln und sorgfältig geprüft werden müßten. Eine Einschränkung der Reisefreiheit für Angehörige der Roma-Minderheit, wie sie jetzt von Serbien und Mazedonien bereits exerziert wird, dürfe für kein demokratisches Land in Europa akzeptabel sein, so Rose. Eine solche Politik bewirke eher das Gegenteil und bringe die Bevölkerung gegen die gesamte Minderheit auf; gefordert seien daher sozialverträgliche Strategien. Hierzu gehöre auch der humanitäre Umgang mit den Familien, die bereits in Deutschland seien.

Grundsätzlich jedoch müßten die Ursachen der Migration – nicht nur in Serbien und Mazedonien, sondern ebenso in den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – in diesen Staaten selbst strukturell und nachhaltig geändert werden, sagte Minister Friedrich.

Rose wies darauf hin, dass die desolate Lage großer Teile der Romabevölkerung in den Herkunftsländern seit Jahrzehnten bekannt und dokumentiert sei. Die jährlichen Konferenzen von Europarat, Europäischer Union, OSZE, Weltbank, und die zahllosen Konferenzen und Seminare von Nicht-Regierungs-Organisationen hätten de facto wenig oder gar nichts zur Verbesserung der Lage von großen Teilen der Romabevölkerung beigetragen. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Osteuropa müsse ein nahezu vollständiges Versagen sowohl der Zivilgesellschaft wie der jeweiligen nationalen Regierungen konstatiert werden, so Romani Rose.

Vor diesem Hintergrund informierte der Zentralratsvorsitzende im Gespräch über ein Vorhaben der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN) und des Zentralrates, das unter dem Titel „Minderheiten helfen Minderheiten“ konkrete Modellprojekte in den Herkunftsländern realisieren will. Rose regte an, dass das Bundesministerium des Innern dieses Projekt langfristig unterstützen solle.

Herbert Heuß  
(lt. Wissenschaftlicher Mitarbeiter)  
[herbert.heuss@sintiundroma.de](mailto:herbert.heuss@sintiundroma.de)